

# Joseph Stiglitz: Wie ich wählen würde beim griechischen Referendum

**Keine Alternative – Zustimmung oder Ablehnung der Troika-Bedingungen – wäre einfach, und beide beinhalten große Risiken.**

Das steigende Crescendo von Gezänk und bitterer Schärfe innerhalb Europas könnte Beobachtern von außen wie das unvermeidliche Ergebnis der erbitterten Schlußphase des Verhandlungspokers zwischen Griechenland und seinen Gläubigern erscheinen. Tatsächlich beginnen europäische Spitzenpolitiker inzwischen, die wahre Natur des laufenden Schuldenstreits zu enthüllen, und die Antwort ist unerfreulich: Es geht viel mehr um Macht und Demokratie als um Geld und Wirtschaft.

Natürlich war die Ökonomie hinter dem Programm, das die „Troika“ (die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds) Griechenland vor fünf Jahren aufgezwungen hat, entsetzlich und führte zu einem 25-prozentigen Rückgang des griechischen Bruttoinlandsprodukts. Ich kenne keine Depression, die jemals so vorsätzlich erzeugt worden wäre und die solch katastrophale Folgen gehabt hätte: Z.B. übersteigt Griechenlands Jugendarbeitslosigkeit inzwischen 60 %.

Bestürzenderweise hat die Troika sich stets geweigert, die Verantwortung für irgendetwas davon zu übernehmen oder zuzugeben, wie schlecht ihre Vorhersagen und Modelle waren. Aber noch erstaunlicher ist, dass die europäischen Führer noch nicht einmal *dazugelernt* haben. Die Troika fordert *immer noch*, daß Griechenland einen Primärüberschuß (also ohne Zinszahlungen) von 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts bis 2018 erwirtschaften muss.

Ökonomen aus aller Welt haben dieses Ziel als Strafmaßnahme verurteilt, denn dies anzustreben würde zwangsläufig zu einem noch tieferen Abschwung führen. Und in der Tat: Selbst wenn Griechenlands Schulden jenseits allen Vorstellbaren restrukturiert würden, würde das Land in der Depression verbleiben, wenn die Wähler in dem vorschnellen Referendum am Wochenende diesen Zielen der Troika zustimmen würden.

Was die Überführung eines großen Primärdefizits in einen Überschuß angeht, haben nur wenige Länder das zustande gebracht, was die Griechen in den fünf Jahren geleistet haben. Und obwohl die Kosten in Bezug auf menschliches Leid extrem hoch waren, ist die griechische Regierung mit ihren neuesten Vorschlägen den Forderungen ihrer Gläubiger ein weites Stück entgegengekommen.

Wir sollten und darüber im Klaren sein: Fast nichts von der riesigen Menge an Geld, das Griechenland geliehen wurde, ist wirklich dort angekommen. Es wurde dazu benutzt, Gläubiger des Privatsektors – einschließlich deutscher und französischer Banken – auszuzahlen. Griechenland hat nichts als ein Taschengeld bekommen, aber es hat einen hohen Preis bezahlt, um die Bankensysteme dieser Länder zu erhalten. Der IWF und die anderen „offiziellen“ Gläubiger brauchen das geforderte Geld überhaupt nicht, in einem Business-as-usual-Szenario würde dieses hereinfließende Geld höchstwahrscheinlich geradewegs wieder nach Griechenland verliehen werden.

Aber nochmal: Es geht nicht um das Geld. Es geht um Fristsetzung, um Griechenland zu zwingen, nachzugeben und das Unakzeptable zu akzeptieren – nicht nur Sparmaßnahmen, sondern auch andere rückschrittliche und abstrafende Politikinhalte.

Aber warum sollte Europa dies tun? Warum sind die Spitzenpolitiker der Europäischen Union so sehr gegen das Referendum und verweigern sogar die Verschiebung der Frist bis 30. Juni für Griechenlands nächste Rückzahlung an den IWF um ein paar Tage? Herrscht in Europa denn nicht überall Demokratie?

Im Januar wählten die griechischen Bürger eine Regierung, die sich verpflichtet hatte, die Sparpolitik zu beenden. Hätte die Regierung einfach nur ihre Wahlversprechen erfüllt, hätte sie den Vorschlag [der Troika] längst abgelehnt. Aber sie wollte den Griechen die Chance bieten, selbst abzuwägen, was so entscheidend für das zukünftige Wohlergehen ihres Landes ist.

Dieses Bemühen um eine breite Legitimierung ist unvereinbar mit der Politik der Eurozone, die nie ein besonders demokratisches Projekt war. Die meisten Regierungen ihrer Mitgliedsländer haben nicht die Zustimmung ihrer Bevölkerung eingeholt, ihre monetäre Souveränität an die EZB zu übertragen. Als die schwedische Regierung das tat, sagten die Schweden Nein. Sie hatten verstanden, dass die Arbeitslosigkeit zunehmen würde, wenn die Geldpolitik ihres Landes von einer Zentralbank bestimmt würde, die sich einseitig auf die Inflation konzentrieren würde (und ebenso, dass der Finanzstabilität zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt werden würde). Die Wirtschaft würde leiden, weil das ökonomische Modell, das hinter der Eurozone stand, sich auf Machtverhältnisse stützte, die die Arbeiter benachteiligt.

Und was wir nun, 16 Jahre, nachdem die Eurozone diese Machtverhältnisse institutionalisiert hat, tatsächlich sehen, ist die Antithese von Demokratie: Viele europäische Oberhäupter wollen das Ende der linken Regierung von Premierminister Alexis Tsipras sehen. Nach all dem ist es extrem lästig, in Griechenland eine Regierung zu haben, die derart entschieden gegen eine Politik opponieren, die soviel getan hat, um die Ungleichheit in so vielen fortgeschrittenen Ländern zu vergrößern und die sich derart der Eindämmung unbeschränkten Wohlstandes verschrieben hat. Sie scheinen zu glauben, dass sie die griechische Regierung schließlich dadurch in die Knie zwingen können, indem sie sie so sehr drangsaliert, bis sie eine Einigung unterzeichnet, die ihrem Mandat zuwiderläuft.

Es ist schwierig, den Griechen einen Rat zu erteilen, wie sie am 5. Juli abstimmen sollten. Keine der Alternativen – Zustimmung oder Ablehnung der Troika-Bedingungen – wäre einfach, und beide beinhalten große Risiken. Ein Ja-Votum würde eine nahezu endlose Depression bedeuten. Vielleicht würde ein ausgelaugtes Land – eines, das alle seine Besitztümer ausverkauft hat und dessen kluge junge Menschen ausgewandert sind – *ganz zum Schluß* eine Schuldenstreichung bekommen; Vielleicht wäre Griechenland, wenn es zu einer „*Middle-Income-Economy*“<sup>1</sup> geschrumpft ist, *ganz zum Schluß* in der Lage, Unterstützung von der Weltbank zu bekommen. Alles das könnte im nächsten Jahrzehnt passieren, oder vielleicht auch erst im darauffolgenden Jahrzehnt.

Im Gegensatz dazu würde ein Nein-Votum Griechenland mit seiner starken demokratischen Tradition zumindest die Möglichkeit eröffnen, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Die Griechen könnten die Gelegenheit ergreifen, eine Zukunft selbst zu gestalten, die, auch wenn sie vielleicht nicht so florierend wie die Vergangenheit wäre, wesentlich hoffnungsvoller wäre als die unverschämte Folter der Gegenwart.

Ich weiß, wie ich wählen würde.

---

*Joseph E. Stiglitz ist Nobelpreisträger (2001) für Wirtschaftswissenschaften und Professor an der New Yorker Columbia University. Von 1997 bis 2000 war er Chefökonom der Weltbank, und von 2011 – 2014 Präsident der International Economic Association, einer internationale Vereinigung von Wirtschaftswissenschaftlern mit Sitz in Barcelona.*

The Guardian, 29. 6. 2015

Quelle: <http://www.theguardian.com/business/2015/jun/29/joseph-stiglitz-how-i-would-vote-in-the-greek-referendum>

---

<sup>1</sup> „*Middle-Income-Economy*“ ist ein technischer Begriff und nur irreführend übersetzbar, gemeint sind laut Weltbank-Definition Länder mit einem pro-Kopf-Einkommen zwischen 1.044 und 12.746 \$ pro Jahr.